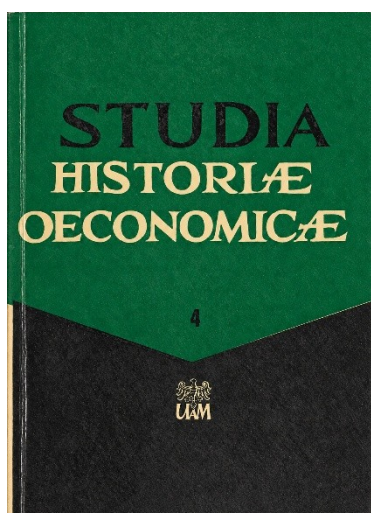




Tillmann, H. (1970) 'Zu einigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aspekten der "Deutschtum"- Politik des deutschen Imperialismus gegenüber Polen', *Studia Historiae Oeconomicae*, 4, pp. 123–140.

<https://doi.org/10.14746/sho.1970.04.1.007>

<https://pressto.amu.edu.pl/index.php/sho/issue/archive>

The text was digitised from an earlier printed edition of *Studia Historiae Oeconomicae*. The digitisation process involved scanning, automated optical character recognition (OCR), and subsequent manual verification of the recognised text. The original source material is held by the Collegium Historicum Library at Adam Mickiewicz University, Poznań.

bch.amu.edu.pl

The task was carried out within the framework of the competition "Social Responsibility of Science II – Support for Scientific Libraries". The project entitled "Digitization of archival editions of scientific journals collected by the Library of the Coll. Historicum of Adam Mickiewicz University". The project was co-financed from state budget funds granted by the Minister of Science within the framework of the Programme Social Responsibility of Science II. Support for Scientific Libraries (agreement no. BIBL/SP/0092/2024/02 of 05.12.2024).

Total value of the project: PLN 247,236.00. Amount of co-financing: PLN 220,836.00.



UNIwersYTET
IM. ADAMA MICKIEWICZA
W POZNANIU



Ministerstwo Nauki
i Szkolnictwa Wyższego



Spółeczna
Odpowiedzialność
Nauki II

Heinz Tillmann (Halle)

ZU EINIGEN WIRTSCHAFTLICHEN, POLITISCHEN UND KULTURELLEN ASPEKTEN DER „DEUTSCHTUM“-POLITIK DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS GEGENÜBER POLEN

Mit der gesetzmäßigen Niederlage des deutschen Kaiserreiches im ersten Weltkrieg scheiterte auch der erste großangelegte Versuch der deutschen Imperialisten und Militaristen, eine gewaltsame Neuverteilung der Welt, der Rohstoffgebiete, Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären zu ihren Gunsten und letztlich die Weltherrschaft zu erzwingen. Das wichtigste Teilziel und zugleich die politische, wirtschaftliche und militärische Ausgangsbasis dieser abenteuerlichen Expansionspläne stellte ein unter deutscher Herrschaft stehendes „Mitteleuropa“ dar.

Im Ergebnis des ersten Weltkrieges wurde der deutsche Imperialismus zwar besiegt und geschwächt, jedoch nicht vernichtet. Es gelang den herrschenden Kreisen Deutschlands, mit Hilfe der rechtssozialistischen Partei- und Gewerkschaftsführer ihre politischen und ökonomischen Machtpositionen im Inneren durch die zeitweilige Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung, durch Inflation und verschärfte Ausbeutung zu festigen. Außerdem trug der Kapitalexport der Westmächte — insbesondere der USA — nach Deutschland in Form von Milliardenanleihen wesentlich zum Wiedererstarken des deutschen Imperialismus bei.

In der Mitte der 20er Jahre gingen die herrschenden Kreise Deutschlands verstärkt zur Realisierung ihrer gegen die Interessen der deutschen Nation und der Völker Europas gerichteten Gesamtkonzeption über: sie wollten die Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges, die Vorherrschaft in Europa und letztlich die Weltherrschaft erringen.

Im Rahmen dieser Gesamtkonzeption des wiedererstarkten deutschen Imperialismus nahm die Fortsetzung des „Drangs nach dem Osten“ einen bevorzugten Raum ein. Vor allem gegenüber Österreich, der Tschechoslowakei und Polen wurde diese Expansion mit Hilfe der „Deutschtums“politik vorbereitet. Im folgenden sollen einige wirtschaftliche, politische und kulturelle Aspekte der „Deutschtums“politik des deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik und in den ersten Jahren des 3. Reiches gegenüber Polen dargestellt werden. Vor allem handelt es sich dabei um Methoden und Ziele der getarnten, geheimen und völkerrechtswidrigen Unterstützung, Beeinflussung und Lenkung großer Gruppen von

polnischen Staatsbürgern deutschen Volkstums durch zahlreiche reichsdeutsche Dienststellen (Ministerien und Parteien). Quellen meiner Untersuchungen sind folgende Geheimen Archivmaterialien des ehemaligen deutschen Auswärtigen Amtes, die von mir im Public Record Office bzw. in Foreign Office Library in London gefunden wurden:

1. Reichskanzlei 1930/1938 „Auslandsdeutschtum“¹
2. Kult A Geheim „Förderung des Deutschtums im Ausland“ (1934 - - 1936)²
3. Kult A Geheime Verschlusssachen „Deutschtum“ 1935 - 1937³
4. Kult A Geheime Verschlusssachen betr. „Deutschtum“ 1936 - 1941⁴
5. Kult A Geheime Verschlusssachen „Deutschtum“ 1938⁵

Einige Dokumente dieser Serien wurden in die gedruckten „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik“ der Serie D, Band V - VIII aufgenommen.

I. Die Ziele und Methoden der deutschen Politik gegenüber dem jungen polnischen Staat in der Zeit von 1918/19 bis 1925 sollen hier lediglich skizziert werden, da sie als bekannt vorausgesetzt werden können und außerdem relativ leicht zu durchschauen sind:

1. Kampf gegen die Entstehung eines unabhängigen polnischen Staates.

2. Überlegungen der Obersten Heeresleitung, den Krieg im Osten nach dem Waffenstillstand fortzusetzen, um die im Versailler Vertrag festgelegte Zugehörigkeit der preußischen Provinzen Posen und Westpreußen zum polnischen Staat zu verhindern. Das in Versailles fixierte Minderheitenabkommen verpflichtete Polen einseitig zur Sicherung der nationalen Rechte der auf seinem Territorium lebenden Minderheiten, während Deutschland keine entsprechenden Verpflichtungen gegenüber den polnischen Minderheiten auferlegt werden.

3. Einsatz faschistischer und profaschistischer Grenzschutzverbände in Oberschlesien. Durch die heldenhaften Kämpfe der polnischen Aufständischen erhielt Polen 1922 wenigstens einen Teil von Oberschlesien.

4. Polen wird verpflichtet, von 1922 bis 1925 zollfrei Kohle aus Ost-Oberschlesien nach Deutschland auszuführen.

5. Seit dem Versailler Vertrag nahm die Zahl der aus den polnischen Westgebieten auswandernden Deutschen von Woche zu Woche zu. Angaben über die Zahl der in der Zeit von 1918 bis 1926 nach Deutschland Ausgewanderten bewegen sich zwischen 500 und 900 000. Vor allem die Jahre von 1920 bis 1922 bezeichnete der berüchtigte Leiter der Deutschen

¹ Public Record Office, GFM₂ Ser. 3226

² PRO, London, GFM₂, Ser. 8771

³ PRO, GFM₂, Ser. 2425

⁴ PRO, GFM₂, Ser. 3023 H

⁵ PRO, GFM₂, Ser. 2324

Stiftung „Krahmer-Möllenberg“, als „hemmungslose Abwanderungspsychose“, die ab 1922 nur „durch stärkste Maßnahmen im wesentlichen unterbunden werden konnte“⁶.

6. Die seit dem Versailler Vertrag von der Deutschen Reichsregierung vor allem in den Gebieten Posen, Westpreußen und polnisch Oberschlesien durchgeführte „Deutschtums“politik war durch folgende Methoden und Ziele charakterisiert:

- a. Mit Hilfe von Millionenbeträgen an Industrieunternehmer, Großgrundbesitzer sowie bäuerliche und Handwerker-Genossenschaften sollte die „Erhaltung eines zahlenmäßig möglichst starken Deutschtums“ gesichert werden.
- b. Um immer wieder einen Verzicht auf die Auswanderung nach Deutschland durchsetzen zu können, wurde den polnischen Staatsbürgern deutschen Volkstums ein finanzieller „Ausgleich durch wirtschaftliche und kulturelle Förderung seitens des Reiches gewährt“.
- c. Die deutsche Regierung gab gegenüber den Deutschen in Polen das Versprechen, sie „in keiner Weise unterschiedlich zu behandeln und ihnen ... sogar die Abwanderung nach Deutschland zu gestatten“⁷.
- d. Diese „Deutschtums“politik der Weimarer Republik hatte folgende Konsequenzen: die deutschen Minderheiten in Posen, Westpreußen und in Ost-Oberschlesien betrachteten sich in ihrer Mehrheit „als zum Reich gehörig, von dem sie nur vorübergehend getrennt“ wären. Sie erhoben ständig den „Anspruch auf weitgehende Finanzierung durch das Reich“. Diesem Anspruch verliehen sie Nachdruck mit dem Hinweis, anderenfalls nach Deutschland abzuwandern. In ihrer überwiegenden Mehrheit befanden sich die deutschen Minderheiten „in einer ausgesprochenen Kampfstellung zur polnischen Verwaltung und ... auch zum polnischen Staat“^{7a}.

Die herrschenden Kreise der Weimarer Republik hatten es in ihrer Politik gegenüber Polen von Anfang an darauf angelegt, durch die massive wirtschaftliche, politische und kulturelle Förderung und Beeinflussung der deutschen Minderheiten eine Rechtfertigung für ihre Revisionsansprüche zu sichern sowie andererseits eine politische, wirtschaftliche und militärische Stabilisierung der polnischen Westgebiete und damit letztlich des polnischen Staates insgesamt zu verhindern.

⁶ Schreiben Krahmer-Möllenberg an den Reichswirtschaftsminister vom 10. Juni 1936, Ser. 3023 H, S. D 598509/10.

⁷ Twardowski am 30. Nov. 1936 „Aufzeichnung betreffend die deutsche Volksgruppe in den an Polen abgetretenen Gebieten“, PRO, Ser. 2425, S. D 512545.

^{7a} ebd.

II. Der wirtschaftlichen Erstarkung der deutschen Monopole in den Jahren 1924/25 entsprach ebenfalls eine erhebliche Zunahme des deutschen Revanchismus. Bezeichnenderweise enthielt das von Außenminister Stresemann in seinem Geheimbrief an den ehemaligen Kronprinzen im September 1925 konzipierte außenpolitische Programm unter den fünf Hauptpunkten allein zwei Maximen, die sich direkt gegen das polnische Volk richteten: ... 2. „Schutz“ der Auslandsdeutschen; 3. „Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien“⁸. Offensichtlich bildete die Weigerung des deutschen Wirtschaftsministers im Juni 1925, Einfuhrbewilligungen für polnische Kohle („Kohlensperre“) zu erteilen und die Auslösung eines neunjährigen „Wirtschaftskrieges“ gegen Polen durch die Reichsregierung bereits einen Teil der verschärften deutschen Revanche- und Revisionspolitik, denn nach Ansicht des Auswärtigen Amtes bezweckte der Wirtschaftskrieg „die Zermürbung der wirtschaftlichen Kraft Polens“⁹, um danach die Durchsetzung der deutschen Revisionsforderungen bei der polnischen Regierung erzwingen zu können.

Im August 1926 richtete die Leitung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse eine geheime Denkschrift über die „Gründung einer Bank in Holland zur Stützung des Auslandsdeutschtums“ an folgende Regierungsstellen: Reichskanzlei, Auswärtiges Amt, Reichsministerium der Finanzen, Reichsministerium des Inneren und an das Preußische Ministerium des Inneren¹⁰. Diese Denkschrift ging davon aus, daß sich im Herbst 1924 die Notwendigkeit herausgestellt habe, „das Auslandsdeutschtum namentlich in den abgetretenen Ostgebieten finanziell vom Mutterland aus zu unterstützen“. Mit dieser Aufgabe sei vom Auswärtigen Amt und vom Reichsfinanzminister die Preußische Zentralgenossenschaftskasse beauftragt worden. Bislang seien über 11 Millionen RM flüssig gemacht worden, davon hätten der Reichsfinanzminister 6 Millionen RM, der Preußische Finanzminister 600 000 RM, die Deutsche Reichspost 500 000 RM und die Preußische Zentralgenossenschaftskasse 3,7 Millionen RM zur Verfügung gestellt¹¹. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt erstreckte sich die Kreditaktion auf die Gebiete Westpreußen und Posen, das Memelland, Litauen und Jugoslawien. Auch nach Ost-Oberschlesien seien bereits „erhebliche Gelder gegeben worden“. Auf die Dauer könnte jedoch „aus außenpolitischen Gründen“ diese „Unterstützungsaktion“ nicht von einer deutschen Bank aus geleitet werden, „da bei Bekanntwerden dieser Tatsache ... außenpolitische Fraktionen zu befürchten wären“. Da vor allem

⁸ Zitiert in *Deutsche Geschichte*, Bd. 3, Berlin 1968, S. 94.

⁹ Akten zur Auswärtigen Deutschen Politik, Ser. D, Bd. VI, S. 421.

¹⁰ PRO, GFMz Ser. 3226, S. D 699230 f.

¹¹ ebd.

die großen deutschen landwirtschaftlichen Güter in Polen unterstützt werden sollten, müßten künftig dafür Gelder „aus dem neutralen Ausland und aus Amerika“ überwiesen werden. Nach eingehender Beratung mit den Reichsbehörden und mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht sei nunmehr beschlossen worden, zur Erfüllung dieser Aufgaben eine Bank in Holland zu gründen. Das Grundkapital dazu stelle der Preußische Finanzminister und die Eigentumsverhältnisse sollten „durch Treuhänderschaftsverhältnisse verschleiert werden“. Als Mitglieder waren deutschfreundliche ausländische Bankiers, aber auch Graf Edwin Henckel von Donnersmarck-Naklo aus Oberschlesien, Regierungsrat von Grolman, Krahmer-Möllenberg als Vorstandsmitglieder der Deutschen Stiftung vorgesehen. Bis jetzt seien zu Vertrauensleuten der mit Kredit zu versorgenden Gebiete ernannt worden:

für Westpreußen: Regierungsrat a.D. Foerster, Zoppot;

für Posen: Landesökonomierat Dr. Wegener;

für Oberschlesien: Landrat a.D., Völkerbundskommissar Dr. Lukaschek. Weiterhin sei der Präsident der Danziger Staatsbank, Dr. Meissner als Vertrauensmann in Aussicht genommen ¹².

Offensichtlich entsprach die in Holland eingerichtete Bank bereits zu diesem Zeitpunkt nicht mehr der verstärkten revanchistischen „Deutschtums“politik der Reichsregierung: Am 29. Dezember 1926 überreichte Außenminister Stresemann dem Reichskanzler eine streng vertrauliche Denkschrift betreffend „die Erweiterung der Aktion für die Gewährung von Krediten an das bodenständige Deutschtum im europäischen Ausland“ mit der Bitte, diese Denkschrift auf die Tagesordnung der nächsten Kabinettsitzung zu setzen. „Wegen der besonderen Vertraulichkeit der Angelegenheit“ bat er den Staatssekretär in der Reichskanzlei, die Denkschrift erst in der Sitzung zu verteilen ¹³. Die Denkschrift vom 24. Dezember 1926 besaß in der Tat einen hohen Vertraulichkeitsgrad. Im I. Teil wurde von dem Beschluß des Reichskabinetts vom 31. März 1926 ausgegangen, daß „zur Förderung der deutschen wirtschaftlichen Interessen“ insbesondere in den polnischen Westgebieten dreißig Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt worden waren, die durch die neu gegründete „Ossa GmbH“ verwaltet wurden.

Der II. Teil der Denkschrift betonte eingangs, daß die zur Verfügung gestellten Mittel nicht reichten. Bisland seien weder das wichtige in der Tschechoslowakei siedelnde Auslandsdeutschtum, noch Österreich, Danzig und die Industrie Ostoberschlesiens erfaßt worden. Die Reichsregierung sei von der irrigen Annahme ausgegangen, daß „diese Gebiete infolge der festen wirtschaftlichen Basis des dortigen Deutschtums... einer wirt-

¹² ebd., S. D 699234.

¹³ ebd., S. D 699275.

schaftlichen Förderung von seiten des Deutschen Reiches nicht bedurften". Rückschläge z.B. in Ostoberschlesien würden jedoch auch den Widerstandswillen des Deutschtums in Posen und Westpreußen zerschlagen und damit alle bisherigen finanziellen Unterstützungen durch das Reich erfolglos machen. Zwar habe in Ost-Oberschlesien der englische Kohlenstreik „eine vorübergehende Erholung der deutschen industriellen und bergbaulichen Unternehmen mit sich gebracht“¹⁴. Allerdings gäbe es keine langfristigen Lieferverträge und ohne reichsdeutsche Kredite würde bald „eine völlige Polonisierung der Unternehmen eintreten“. Tausende von Arbeitskräften würden dann mit ihrer Abwanderung nach West-Oberschlesien das dort jetzt schon übergroße Heer der Wohnungs- und Arbeitslosen vermehren und damit die dortigen Zustände „bis zur Unerträglichkeit“ verschärfen.

Zur Lösung dieser Aufgaben seien eigentlich 80 bis 100 Millionen Reichsmark notwendig. Deutschland würde mit diesen Millionen nicht nur „wertvolle zinstragende Vermögensobjekte und Beteiligungen im deutsch besiedelten Ausland erwerben“, sondern darüber hinaus der deutschen Exportwirtschaft eine breitere Auslandsbasis geben¹⁵.

Aus diesen Gründen schlug das Auswärtige Amt dem Reichskabinett vor, der „Aktion zur Förderung des Grenz- und Auslandsdeutschtums zuzustimmen“ und die hierfür über den ursprünglichen Betrag von 30 Millionen notwendigen Summen überplanmäßig zu bewilligen. Daß die deutschen Minderheiten in Polen vor allem eine Verstärkung ihrer Revisions- und Revanchepolitik beabsichtigten, geht aus einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes hervor, die offenbar eine Anlage zu der Denkschrift vom 24. Dezember 1926 war. Danach hat es „die Reichsregierung . . . stets als eine wesentliche Aufgabe unserer Außenpolitik betrachtet, mit allen Mitteln das heute noch in den abgetretenen Gebieten ansässige Deutschtum zu erhalten, da dies die Voraussetzung für eine günstige Lösung der Korridor- und der Oberschlesischen Frage ist“¹⁶.

Nach der Feststellung, daß allein im „Korridor“ und in der früheren Provinz Posen „noch heute“ 35 000 deutsche Bauern mit 1½ Millionen Morgen ansässig seien, wozu noch 2½ Millionen Morgen an deutschem Großgrundbesitz kämen, erfolgte der Hinweis, daß nur mit der Kreditbeschaffung durch die „Ossa“ GmbH „die Erhaltung des Deutschtums in den abgetretenen Gebieten . . . möglich“ sei. Die künftige Tätigkeit der „Ossa“ werde sich vor allem auf folgende Ziele richten:

a. „auf die Erhaltung des deutschen kleinbäuerlichen Besitzes in den

¹⁴ ebd., S. D 699279.

¹⁵ ebd., S. D 699280.

¹⁶ ebd., S. D 699290 (Hervorhebung im Original, H. T.).

früheren Provinzen Posen und Westpreußen" (einschließlich der Ansässigmachung zweiter Bauernsöhne);

b. „laufende Beschaffung des Realkredits des *mittleren und größeren Grundbesitzes*" in Posen und Westpreußen (ungefähr 650 Güter);

c. „*Schaffung eines Kreditrückhalts für die vom deutschen kleineren und mittleren Handel und Gewerbe in den Ostoberschlesischen Städten gegründeten Genossenschaftsorganisationen*"¹⁷.

Außerdem seien Aktionen zur wirtschaftlichen Stützung der Raiffeisenorganisation in Danzig und damit zur Kreditversorgung der deutschen landwirtschaftlichen Betriebe in Pommerellen vorgesehen. Das Reichskabinett wurde vom Auswärtigen Amt gebeten, der Fortsetzung der Tätigkeit der „Ossa" zuzustimmen.

Die wirtschaftliche Unterstützung der deutschen Industrieunternehmen, des Großgrundbesitzes und der bäuerlichen sowie Handels- und Handwerksgenossenschaften in Polen durch die Kreditaktionen der Reichsregierung und der deutschen Monopole wurden noch durch eine Vielzahl weiterer reichsdeutscher Organisationen zur Förderung des Grenz- und Auslandsdeutschtums ergänzt. Eine Schlüsselstellung in diesem System der „Deutschtums"politik des deutschen Imperialismus besaß die „Deutsche Stiftung". Bereits 1919 unter der Tarnung „Parlamentarischer Ausschuß" gebildet und im November 1920 in „Deutsche Stiftung" umbenannt, war sie ein getarntes Organ der Reichsregierung. Ihre Aufgabe bestand in der Finanzierung und Leitung der Schulen, der Presse, des Vereinswesens sowie der Jugend- und Kulturorganisationen unter den Minderheiten im Sinne der Erhaltung einer deutschen Irredenta. Leiter der „Deutschen Stiftung", die von der Reichsregierung sowie vom „Reichsverband der Deutschen Industrie" finanziert wurde, war Erich Krahmer-Möllenberg, der vorher als Ostreferent im Preußischen Innenministerium tätig war. Nach Unterlagen des Auswärtigen Amtes, die als „Geheime Reichssache" galten, wurden neben anderen hohen Geldbeträgen etwa ab 1925 jährlich folgende Mittel zur Stützung des „Deutschtums" in Polen aufgewendet:

a. Für den deutschen bäuerlichen Grundbesitz pro Jahr ca. 6 Millionen Zloty;

b. „sehr große Summen" für die Ostoberschlesische Industrie und die Güter des Fürsten Pless;

c. „für das Schulwesen, die Organisation des Deutschtums und Pensionen hat die Deutsche Stiftung jährlich ca. 6 Millionen gegeben", dazu noch „mehrere Millionen Mark für Schulneubauten";

d. „für die kirchliche Versorgung sind per anno ca. 1,0 Mill. nach Westpolen geflossen";

¹⁷ ebd., S. D 699291 (Hervorhebung im Original, H. T.).

e. „zur Erhaltung des deutschen Zeitungswesens (sind) nicht unerhebliche Mittel zur Verfügung gestellt worden“.

Insgesamt wurde die Summe der Mittel, die für die „Deutschtums“-politik des deutschen Imperialismus – neben den Kreditstützungsmitteln – in Polen seit 1925 ausgegeben wurden, auf über 1 Million RM pro Monat veranschlagt¹⁸.

Die Weltwirtschaftskrise führte zwar zu einem gewissen Rückgang in der wirtschaftlichen Förderung der „Deutschtums“-politik der Weimarer Republik, jedoch stellte erst die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland die Fortsetzung der „Deutschtums“-arbeit gegenüber Polen in den bisherigen Formen und Methoden zeitweilig ernsthaft in Frage.

III. Mit der Machtübernahme der Faschisten hatte sich das ökonomische, politische und militärische Kräfteverhältnis in der Welt noch nicht faktisch, sondern nur potentiell zugunsten des deutschen Monopolkapitals verändert. Die Hitlerregierung mußte zunächst bestrebt sein, ihre Macht im Inneren zu festigen und auszubauen. Die deutsch-faschistische Außenpolitik suchte deshalb auch nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund im Herbst 1933 eine internationale Isolierung zu vermeiden. Zu diesem Zweck schlug sie der polnischen Regierung ein Abkommen über einen zehnjährigen Gewaltverzicht vor. Im Januar/bzw. Februar 1934 wurde dieses zweiseitige Abkommen abgeschlossen und ratifiziert. Diese außenpolitische Maßnahme beweist die Entschlossenheit und Fähigkeit der Exponenten des deutschen faschistischen Imperialismus, Teilaspekte seiner Politik der Gesamtkonzeption zur Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges zeitweilig unterzuordnen. Im Interesse dieser Gesamtkonzeption der deutschen Imperialisten standen zunächst der Ausbau des faschistischen Herrschaftssystems sowie die Militarisierung der Wirtschaft und damit die Schaffung der unmittelbaren Voraussetzungen für die Politik der offenen Annexionen im Vordergrund. In Übereinstimmung mit dieser Taktik wurde deutscherseits nicht nur der neunjährige „Wirtschaftskrieg“ mit Polen beendet, sondern darüber hinaus 1935 erstmalig ein deutsch/polnischer Handelsvertrag auf der Basis der Meistbegünstigung abgeschlossen.

Auch nach dieser überraschenden Änderung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen bestanden bei der Mehrheit des polnischen Volkes – ja selbst in der polnischen Regierung – erhebliche Zweifel an der Dauerhaftigkeit der angeblichen Verständigungspolitik Hitlerdeutschlands. Diese Zweifel mußten bei der zunehmend aggressiven deutschen Außenpolitik z.B. in den Fragen des Saargebietes und des faschistischen

¹⁸ PRO, GFM₂, Ser. 2425, S. D 512551.

Putsches in Österreich, bei der die Ziele der Deutschtumstaktik deutlicher wurden, noch verstärkt werden.

Für die „Deutschtums“politik gegenüber Polen ergaben sich in den ersten Jahren der Hitlerdiktatur vor allem folgende Probleme:

1. Zu den zahlreichen Reichsbehörden und den von ihnen finanzierten und gelenkten Organisationen, die sich bis 1933 mit der deutschen imperialistischen „Deutschtums“politik gegenüber Polen beschäftigten, kamen nunmehr die vielen Gliederungen der NSDAP hinzu, die alle den Ehrgeiz hatten, ihren politischen und ökonomischen Einfluß auf die deutschen Minderheiten in Westpolen zu verstärken und deren Anschluß an das Deutsche Reich vorzubereiten. Nicht nur über 30 reichsdeutsche staatliche und Parteidienststellen betätigten sich in den Organisationen der deutschen Minderheiten, bauten unabhängig voneinander ein Netz von „Vertrauensleuten“ auf, sondern alle luden darüber hinaus Vertreter der deutschen Volksgruppen in Polen zu Beratungen und Schulungen nach Deutschland ein ¹⁹.

Die Folgen einer solchen Taktik bestanden einmal in einer Zersplitterung der „Deutschtums“politik und zum anderen in einer zunehmenden Faschisierung der deutschen Minderheiten in Westpolen.

2. Im Gegensatz zu der Zeit der Weimarer Republik mußte die Hitlerregierung in den ersten Jahren bei ihrer „Deutschtums“politik gegenüber Polen aus Gründen der außenpolitischen Taktik auf die bislang so bewährten Methoden des politischen und z.T. auch des ökonomischen Drucks sowie der Pressepolemik verzichten.

3. Zwischen den Leitungen der deutschen Minderheitenorganisationen kam es zu heftigen Kämpfen um den ausschließlichen Führungsanspruch, die an Ausmaß und Heftigkeit zunahmen. Die Führer der „Deutschen Vereinigung“ und des „Volksbundes“ einerseits und der „Jungdeutschen Partei“ andererseits beriefen sich bei diesen Auseinandersetzungen darauf, das alleinige und uneingeschränkte Vertrauen und die Unterstützung der Exponenten des deutschen Imperialismus zu besitzen. Da diese Auseinandersetzungen auch in der Öffentlichkeit einschließlich der Presse geführt und teilweise polnische Gerichte zur Durchführung von Beleidigungsprozessen angerufen wurden, erhielt die polnische Regierung Beweismaterialien über den Umfang, die Methoden und Ziele der vom Reich organisierten und finanzierten völkerrechtswidrigen „Deutschtums“arbeit, die bislang von Berlin aus als „Geheime Reichssache“ behandelt und abgestritten werden konnte. Bei den Führungskämpfen ging es nicht nur darum, wer unter den deutschen Minderheiten — und vor allem im Reich — als der zuverlässigste „Nationalsozialist“ angesehen und anerkannt wurde.

¹⁹ Ser. 3023 H, S. D 598581.

Die „Deutsche Vereinigung“ befand sich im Besitz aller wirtschaftlichen Machtstellungen, da sie die Kulturorganisationen sowie die deutschen Genossenschaften leitete, die von den Reichsbehörden mit großen Finanzmitteln unterstützt wurden. Aus einem Protokoll über die Sitzung der „Volksdeutschen Mittelstelle“ (früher Büro von Kursell) vom 5. Juni 1936, auf der führende Vertreter des Propagandaministeriums, des Reichsministeriums des Inneren, des Auswärtigen Amtes, des VDA, der Deutschen Stiftung „über die Versöhnungsaktion in der deutschen Volksgruppe in Polen“ berieten, wurde festgestellt, daß die Leitung der „Jungdeutschen Partei“ danach drängt, „an der Führung der vom Reich subventionierten Organisationen teilzuhaben“. Während sich vor allem die Vertreter des Propagandaministeriums für die „Jungdeutsche Partei“ einsetzten, verteidigte Krahmer-Möllenberg die „Deutsche Vereinigung“. Da die Presse insbesondere in der Hand der „Jungdeutschen Partei“ sei, und vor dem Zusammenbruch stehe, „kündigte das Propagandaministerium seine Absicht an, sich in den Besitz der Aktienmehrheit der führenden jungdeutschen Blätter zu setzen“²⁰. Ungeachtet aller „Versöhnungsaktionen“ der deutschfaschistischen Regierungs- und Parteistellen konnte bis zum Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen keine effektive „Einigung“ der Organisationen der deutschen Minderheiten erreicht werden. Mit der „Einigung“ strebten die deutschen Imperialisten vor allem das Ziel an, die deutschen Minderheiten in zunehmendem Maße von den finanziellen Zuschüssen des Reiches unabhängig zu machen, da sie diese Summen für ihre Kriegsrüstungen benötigten. Die wiederholt von ihnen ausgesprochene Drohung „alle Zuschüsse aus dem Reich zu sperren, um damit den Kampf (zwischen den verschiedenen Gruppen der Minderheiten, H. T.) mangels Mittel zum Erliegen zu bringen, hat sich — nach Eingeständnis eines führenden Nazidiplomaten — als undurchführbar herausgestellt“²¹. Obgleich die Hitlerfaschisten die „Deutschtums“politik gegenüber Polen vor allem mit dem Ziel durchführten, in der Existenz der deutschen Minderheiten eine „Rechtfertigung“ für ihren Krieg zu haben, wurden gerade durch ihre beschleunigten Kriegsvorbereitungen die schwersten Hindernisse für eine erfolgreiche „Deutschtums“politik errichtet.

IV. Der hemmungslosen Aufrüstungspolitik der deutschen Imperialisten und Militaristen stellten sich in allen Jahren der Kriegsvorbereitungen vor allem zwei Schwierigkeiten entgegen: der Mangel an kriegswichtigen Rohstoffen sowie eine sich ständig verschärfende Devisenknappheit. Bereits im Herbst 1934 verkündete der Reichsbankpräsident und kommissarische Reichswirtschaftsminister Schacht die Politik des „Neuen Pla-

²⁰ Ser. 2425, S. D 512450. Gleichzeitig sollten damit „die Jungdeutschen ihre Presse dem Reich abtreten“. (ebd.)

²¹ Ser. 3023 H, S. D 598569.

nes“. Dieser „Neue Plan“ sah einmal vor, die Einfuhr nach Deutschland rigoros zu drosseln und auf die Beschaffung von rüstungswichtigen Gütern zu beschränken. Zum anderen sollten durch eine gesteigerte Exportoffensive die notwendigen Devisen für kriegswichtige Importe gewonnen werden.

In der Periode der Weimarer Republik hatte sich die „Deutschtums“-politik gegenüber Polen vor allem auf zwei Säulen gestützt: dem politisch/propagandistischen Druck und der massiven finanziellen Unterstützung der deutschen Minderheiten. Wie bereits dargestellt, mußten die Hitlerfaschisten gegenüber Polen aus außenpolitischen Gründen auf die Anwendung des politischen Drucks in den ersten Jahren – faktisch bis zum Frühjahr 1939 – verzichten. Die Versuche, diese Einengung ihrer „Deutschtums“-politik durch eine verstärkte wirtschaftliche Unterstützung der deutschen Minderheiten in Westpolen auszugleichen, wurden infolge der zunehmenden Devisenknappheit immer erfolgloser. Aus dem internen Aktenmaterial des Auswärtigen Amtes geht darüber hinaus deutlich die Befürchtung der herrschenden Kreise Hitlerdeutschlands hervor, daß – vor allem infolge der zunehmenden Devisenknappheit – in der „Deutschtums“-politik gegenüber Polen eine Position nach der anderen aufgegeben werden mußte.

Im Rahmen einer kurzen Studie ist es nicht möglich, die Auswirkungen der Devisenknappheit auf die „Deutschtums“-politik anhand der umfangreichen Archivalien von Jahr zu Jahr – also chronologisch – in ihrem ganzen Umfang nachzuweisen. Im folgenden sollen nur einige Hauptprobleme angeführt werden, die sich aus der Devisenknappheit der deutsch-faschistischen Imperialisten für ihre „Deutschtums“-politik gegenüber Polen ergaben.

a. In den Materialien des Auswärtigen Amtes vom Mai 1939 wurde die Stärke der „deutschen Volksgruppe“ in Polen mit 900 000 angegeben. Die deutsche Minderheit besaß 10 höhere Schulen, 115 Privatschulen und 290 öffentliche Schulen ²².

In einem als „Geheime Reichssache“ deklarierten Schreiben vom 10. Juni 1936 wandte sich der Leiter der „Deutschen Stiftung“, Krahmer-Möllenberg an den Reichswirtschaftsminister, dem er einen monatlichen Devisenbedarf in Höhe von mindestens 316 000 RM sowie für Schulbauten Devisen nach Bedarf anmeldete. Als wichtigstes „Kampfobjekt“ der „Deutschtums“-arbeit bezeichnete Krahmer die Schulen. Er beklagte sich darüber, daß die Devisenbelieferung für die „Deutsche Stiftung“ seit Monaten ins Stocken geraten sei. „Ein vollständiger Zusammenbruch der Deutschtumsarbeit“ konnte nur dadurch verhindert werden, daß die Kul-

²² Akten zur Deutschen Auswärtigen-Politik, Bd. VI, S. 419.

turorganisationen in Polen „hohe Bankkredite“ aufgenommen hätten. Dadurch seien die – mit reichsdeutschem Kapital aufgebauten – deutschen Banken in Polen jedoch „in ihrer eigentlichen Zweckbestimmung, der deutschen Wirtschaft in den abgetrennten Gebieten zu helfen, stark gelähmt worden, so daß sich bereits Wirtschaftsschädigungen bemerkbar machen“. Krahmer-Möllenberg betonte, daß jetzt der „Zusammenbruch der Deutschtumsarbeit“ kommen müsse, „wenn nicht in letzter Stunde wieder die Hilfe aus Deutschland einsetzt und die notwendigen Devisen geliefert werden“²³. In einer Beilage zu diesem Brief wurden für die Gebiete Posen und Westpreußen pro Monat 187 400 RM in Devisen (für Kultur, Bildungswesen, Berufsausbildung, Jugendarbeit, Schulen und Pensionäre) sowie für Ost-Oberschlesien 121 700 RM als Minimalbedarf angegeben²⁴.

In einer Aufzeichnung vom 14. Januar 1937 betonte der stellvertretende Leiter der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Fritz von Twardowski, „die Bilanz des Jahres 1936 für die Deutschen Volksgruppen in Europa zeigt ein wenig erfreuliches Bild“. An sich wäre im Interesse der Gesamtpolitik des Reiches der Einsatz größerer Mittel mehr denn je erforderlich. „Leider hat sich die Devisenlage so entwickelt, daß wir... gezwungen sind, die bisherigen Zuschüsse zu verringern und uns auf das Lebensnotwendige zu beschränken, d.h. auf die Schulen, die Schaffung von Berufsausbildungsmöglichkeiten und die Organisation“. Alles andere, wie Vereine, Theater, Sport usw. müsse abgebaut werden. Auch könnte für die wirtschaftliche Stützung der deutschen Minderheiten „durch Genossenschaften, Banken etc... vom Reich aus zurzeit nur wenig geschehen“²⁵.

Die Devisenknappheit Hitlerdeutschlands verschärfte sich jedoch von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr. Bereits Ende Januar 1937 wandte sich die Deutsche Stiftung erneut an das Auswärtige Amt. Krahmer-Möllenberg hob hervor, daß sie die für das Jahr 1936 angeforderten – bereits reduzierten – Devisenbeträge „niemals empfangen“ hätten, „so daß von April bis Ende Oktober 1936 ein Rückstand von 1 200 000 RM entstanden“ sei. Darüber hinaus habe man der „Deutschen Stiftung“ den Erlaß Görings des Ministerpräsidenten und Beauftragten für den Vierjahresplan vom 9. November mitgeteilt, wonach nur noch mit einer Devisenzuteilung von 250 000 RM pro Monat zu rechnen sei²⁶. Obgleich Krahmer-Möllenberg in einer umfangreichen Statistik „möglich erscheinende Abstriche“ im Unterstützungsfonds der Reichsregierung vorschlug (Ost-

²³ Ser. 3023 H, S. D 598507.

²⁴ ebd., S. D 598514.

²⁵ ebd., S. D 598566/67.

²⁶ Ser. 3023 H, S. 598587.

oberschlesien RM 175 000 von RM 1 644 000, Posen-Westpreußen RM 122 500 von RM 2 600 000)²⁷, hatte die anhaltende, ja zunehmende Devisenknappheit, auch in den Jahren von 1937 bis zum Herbst 1939 eine immer stärkere Auswirkung auf die kulturpolitische „Deutschtums“-arbeit gegenüber Polen.

b. In der bereits erwähnten Aufstellung des Auswärtigen Amtes vom Mai 1939 wurde vor allem die wirtschaftliche Stärke der deutschen Minderheiten in Polen hervorgehoben. Danach befanden sich in Posen und Pommerellen 41 588 bäuerliche Betriebe mit 581 557 ha und 567 Großgrundbesitzbetriebe mit 405 802 ha „in deutscher Hand“. Weiterhin werden – ohne Erwähnung der städtischen Handwerks- und Handelsgenossenschaften sowie der deutschen Banken – allein 770 deutsche landwirtschaftliche Genossenschaften aufgeführt²⁸. Zwar hatte sich der deutsch-polnische Außenhandel in den Jahren von 1935 – 1938 auf RM 150 Mill. in beiden Richtungen erhöht und Hitlerdeutschland war mit einem Anteil von 30 Prozent zum größten Außenhandelspartner Polens geworden.

Hatten jedoch die Regierungen und Monopole in der Weimarer Republik Millionenbeträge zur wirtschaftlichen Stützung der deutschen Genossenschaften und Banken in Westpolen aufgewendet, so sanken diese Subventionen von seiten Hitlerdeutschlands auf ein Minimum. Da die Zuschüsse aus dem Reich für die Schulen und andere Kulturorganisationen der deutschen Minderheit immer geringer wurden, mehrten sich immer mehr die Tendenzen, die Banken der deutschen Genossenschaften für die deutsch-faschistische Kulturarbeit in Anspruch zu nehmen.

Zur Bekämpfung des reichsdeutschen Devisenmangels gingen darüber hinaus die „Treuhand“ der deutschen Banken – so verlautete es in einer „ganz geheimen“ Aufzeichnung Twardowskis vom 30. November 1936 – unter Druck von Berlin dazu über, „mit großem Nachdruck alte Forderungen“ einzutreiben, die man bei den deutschen Gutsbesitzern, Unternehmern, Kaufleuten, Landwirten und Handwerkern in Polen – nicht zu Unrecht – „nicht als Darlehen wirtschaftlicher sondern politischer Art aufgefaßt hatte, und daher glaubte nicht zurückzahlen zu brauchen“. Unter diesen Umständen, so vermerkte Twardowski, treffe man überall „auf die Neigung, seinen Besitz, Land oder Geschäft zu veräußern und sich im Reich eine neue Existenz zu gründen“²⁹. Da außerdem mit einem weiteren Rückgang der reichsdeutschen Unterstützungen – wegen des Devisenmangels – gerechnet werde, so hebt der Vertreter des Auswärtigen Amtes hervor, „müssen lebenswichtige Po-

²⁷ ebd., S. 598595.

²⁸ Akten zur Auswärtigen Deutschen Politik, Bd. VI, S. 419.

²⁹ Ser. 2425, S. D 512547.

sitionen des Deutschtums aufgegeben werden, wenn es nicht gelingt, anderweitig die notwendigen Gelder aufzubringen" ³⁰. Um wenigstens zeitweilig die fehlende Unterstützung aus dem Reich auszugleichen, überprüften die mit der Deutschtumsarbeit gegenüber Polen Beauftragten der deutschen Imperialisten die Möglichkeiten, „aus dem Verkauf von Eigentum der deutschen Organisationen – Gebäuden, Kirchen, Krankenhäusern, städtischen Grundstücken – gegebenenfalls auch ländlichem Grundbesitz“ Devisen zu erhalten. Die Gründe, warum sie diese Absicht nicht weiterverfolgten, werfen ein bezeichnendes Licht auf die Deutschtumspolitik.

In dem angeführten Bericht Twardowskis heißt es dazu, einmal seien Käufer, die bar zahlen, kaum zu finden. Zum anderen seien alle Vermögensobjekte „hypothekarisch bis aufs äußerste belastet“ und vor allem würde der „Auflassungsantrag den polnischen Behörden die Veranlassung zu einer von uns zu vermeidenden Kontrolle der Hypothekengläubiger geben" ³¹.

Aus zahlreichen Archivalien der deutsch-faschistischen Reichsbehörden geht eindeutig hervor, daß der überwiegende Teil der wirtschaftlichen Einrichtungen der deutschen Minderheit vor allem deshalb – mit reichsdeutscher Unterstützung – aufrechterhalten blieben, um eine ökonomische, politische und militärische Ausgangsbasis für eine gewaltsame Revision Hitlerdeutschlands zu bilden. Wie abhängig „Handel und Gewerbe der deutschen Volksgruppe in Polen“ von der friedlichen Zusammenarbeit mit dem polnischen Volk waren, beweist eine Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 7. Juni 1939 ³². Die unmittelbaren Vorbereitungen Hitlerdeutschlands zum Überfall auf Polen drängten – diesem Bericht zufolge – alle Angehörigen der deutschen Minderheiten „ob Einzelkaufmann, ob Vertreter deutscher Waren, ob Betriebsführer industrieller oder gewerblicher Unternehmungen, ob selbständiger Handwerker... vor den Ruin, wenn diese Verhältnisse noch längere Zeit andauern“. In dem internen Bericht wird zugegeben, daß die deutschen Minderheiten „von jeher zu einem großen Teil auf den polnischen Kunden angewiesen“ waren. Die berechtigte Abwehr der Polen gegen die zunehmende Bedrohung ihres Landes durch die deutschen Imperialisten fand auch ihren Niederschlag in der verstärkten Zurückhaltung bei Geschäften mit den deutschen Minderheiten. Während die Umsätze des deutschen Einzelhandels um ca. 60% zurückgingen, waren ähnliche wirtschaftliche Rückschläge bei „deutschen Industrien und größte-

³⁰ ebd., S. D 512551.

³¹ Ser. 2425, S. D 51552.

³² Ser. 3023 H, S. D 599064 ff.

ren gewerblichen Unternehmungen wie Brauereien, Mühlen, Druckereien ... Sägewerken usw." zu verzeichnen³³.

Unter diesen Bedingungen, so hob das Auswärtige Amt hervor, könne mit den traditionellen Stützungs-Krediten der „Exzelsior“ (eine vom Reich subventionierte Bank, die der „Deutschen Stiftung“ nahestand – H. T.) nicht mehr geholfen werden, zumal für diese Kredite hohe Zinsen gezahlt werden müßten. Jetzt könne vom Reich aus nur noch mit *Dotationen* zunächst in Höhe von 80 - 100 000 Zl. pro Monat geholfen werden.

c. Im Zusammenhang mit den zunehmenden Schwierigkeiten in der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen „Deutschtums“arbeit des deutschen faschistischen Imperialismus gegenüber Polen trat immer stärker und dringlicher die Frage der massenhaften Abwanderung von großen Teilen der deutschen Minderheit nach Deutschland hervor. Obgleich gerade die Untersuchung dieses Problems in hohem Grade dazu geeignet wäre, die bis zum heutigen Tag aktuellen reaktionären und revanchistischen Zwecklegenden der deutschen Imperialisten vom „Lebensraum im deutschen Osten“ bis zum „Recht auf Heimat“ zu widerlegen, kann in dieser Studie nur skizzenhaft auf einige Aspekte der Abwanderung eingegangen werden.

Wie bereits erwähnt, bestand eine wesentliche Voraussetzung für die Unterbindung der massenweisen Auswanderung von Deutschen aus Polen in den Jahren 1920 bis 1922 in der Zusage der Reichsregierung, daß einmal die deutschen wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen in Polen in einem starken Maße vom Reich subventioniert würden und zum anderen, daß die Empfänger von Kriegs- und Altersrenten und Pensionen zusätzliche Beträge aus Deutschland überwiesen bekamen. Darüber hinaus wurden die deutschen Konsularbeamten in Polen strikt angewiesen, Anträge auf Auswanderung nach Deutschland abzulehnen.

Mit der zunehmenden Devisenverknappung in Deutschland wurde von der Hitlerregierung zunächst eine solche Regelung eingeführt, daß für Empfänger reichsdeutscher Renten und Pensionen, wenn sie in Polen ein eigenes Einkommen aus Besitz oder Arbeit hatten, ein Teil der Zahlungen auf reichsdeutsches Sonderkonto eingezahlt wurde. Damit verstärkte sich erneut die Tendenz zur Auswanderung ins Reich. Welche Auswirkungen die Exponenten des deutschen Imperialismus von einer Lockerung der Auswanderungssperre aus Polen befürchteten, geht aus einer Notiz über eine Chefbesprechung im Reichsministerium des Inneren über Oberschlesien am 18. Dezember 1936 hervor. So vertrat der Oberpräsident und Gauleiter von Schlesien, Wagner, den Standpunkt, „daß man eine Abwanderung größerer Mengen Volksdeutscher nach Deutsch-

³³ ebd.

land unter allen Umständen verhindern müsse"³⁴. Dennoch mußte auf der gleichen Besprechung eingeräumt werden, daß man zunächst für den Zeitraum von 3/4 Jahren 2 - 3000 Deutschen aus Ost-Oberschlesien die Ausreise gestatten müsse, wobei die Auswanderer nicht innerhalb Schlesiens untergebracht werden dürften. Als Grund dafür verwies Wagner darauf, Schlesien werde noch für lange Zeit wirtschaftlich „die geringste Widerstandskraft aller deutschen Gauen aufweisen“. Wenn das Reich nicht verstärkt öffentliche Aufträge — insbesondere Heeresaufträge — nach Schlesien vergebe, bedeute die bisherige wirtschaftliche Benachteiligung Schlesiens „die Räumung einer Provinz schon in Friedenszeiten“³⁵.

Bereits am 30. November 1936 hatte das Auswärtige Amt über einen ständig zunehmenden Abwanderungsdrang bei den deutschen Minderheiten berichtet. Besonders stark seien die Tendenzen beim gewerblichen Mittelstand, bei nahezu allen Jugendlichen und den von der Wirtschaftskrise in Ost-Oberschlesien betroffenen deutschen Arbeitern³⁶. Der Bericht hebt hervor, die deutschen Konsularbehörden „die auf Grund der neuerlich erlassenen sehr scharfen Richtlinien die Abwanderungserlaubnis fast stets zu verweigern haben, sehen sich daher wachsenden Schwierigkeiten mit der deutschstämmigen Bevölkerung gegenüber“³⁷.

In allen internen Berichten über die „Deutschtums“arbeit wurde insbesondere an den deutschen Arbeitern in Polnisch-Oberschlesien Kritik geübt, daß sie im Sinne Hitlerdeutschlands weitgehend unzuverlässig wären: „In Oberschlesien entwickelt sich ein deutsches Proletariat im schlimmsten Sinne des Wortes, das in seiner trostlosen Lage den Nährboden für politisches Freibeutertum bildet“³⁸. Nur widerwillig mußte sich das Auswärtige Amt zu der Ansicht durchringen, daß die deutschen Generalkonsulate in Polen ermächtigt werden müßten, von Fall zu Fall Abwanderungsgenehmigungen zu erteilen. Um die Abwanderungsbewegung in dem Reich erwünschten Schranken zu halten, sollten allerdings Festlegungen über die Höchstziffer der Abwandernden pro Monat getroffen werden. Allerdings sollte denjenigen Deutschen in Polen die Auswanderung grundsätzlich verweigert werden, die in Deutschland eine „fachliche oder weltanschauliche Schulung“ erhalten hatten.

Im Frühjahr 1937 drohte der bislang noch weitgehend funktionieren-

³⁴ ebd., S. 598576.

³⁵ ebd., S. 598582.

³⁶ ebd., S. 598547.

³⁷ ebd. (Hervorhebung H. T.).

³⁸ Ser. 2425, S. D 512554.

den Abwanderungssperre eine weitere Unterhöhlung: Im kleinen Ministerrat (Min.präsident Göring, Reichskriegsminister Blomberg, Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk, Reichsernährungsminister Darré, Reichsbankpräsident Schacht) war einer vertraulichen Mitteilung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung Dr. Syrup zufolge über die Ernährungsschwierigkeiten in Deutschland beraten worden. Die Ursache sei — nach Ansicht des Ernährungsministeriums — in dem Fehlen von landwirtschaftlichen Arbeitskräften zu suchen, an denen ein Bedarf von 200 000 Facharbeitern bestehe. Für die Anwerbung im benachbarten Ausland, darunter auch in Polen, sollten nur „Deutschstämmige“ in Frage kommen, wobei ein Großteil in Deutschland sesshaft gemacht werden sollte. Im Bericht hieß es abschließend „die damit verbundene Gefahr einer erheblichen Schwächung des deutschen Volkstums im Ausland hat nach Entscheidung des Herrn Ministerpräsidenten Göring gegenüber den Erfordernissen des Vierjahresplans zurückzutreten“³⁹.

Der Vierjahresplan diene ebenso wie die weitgehende Verhinderung der Abwanderung aus Polen den unmittelbaren Vorbereitungen Hitlerdeutschlands auf den Krieg.

Im krassen Gegensatz zu den aggressiven Methoden und Zielen der „Deutschtums“politik — aber auch zu dem in ihrem engsten Führungskreis ausgesprochenen zynischen Willen zur Vernichtung des polnischen Volkes — versuchten die faschistischen Machthaber in den letzten Wochen und Tagen vor ihrem Überfall auf Polen, die berechtigten Vorbereitungen des polnischen Volkes auf die Verteidigung seiner Heimat in eine Bedrohung der deutschen Minderheit umzufälschen.

Diese horrende Geschichtsfälschung hat sich als derart zählebig erwiesen, daß im Zusammenhang mit der Erforschung der Methoden, wie Kriege im Imperialismus vorbereitet werden, auch die „Deutschtums“politik des deutschen Imperialismus über diese Studie hinaus weiterer Untersuchungen bedarf.

V. Zusammenfassung

Eine große Anzahl von Problemen — z.B. die „Deutschtums“politik als Mittel zum Aufbau einer politischen und militärischen 5. Kolonne — konnten hier nicht behandelt werden.

Die „Deutschtums“politik des deutschen Imperialismus war ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Gesamtkonzeption zur Vorbereitung und Auslösung des zweiten Weltkrieges.

An ihrem Beispiel beweist sich erneut die Kontinuität des deutschen

³⁹ ebd., S. D 512584 (Hervorhebung H. T.).

„Dranges nach dem Osten“ über die Periode der Weimarer Republik und des Hitlerfaschismus bis zur „neuen“ Ostpolitik des westdeutschen Staates.

Da der Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts bis zum heutigen Tag zu den bevorzugten Methoden der Expansionspolitik des deutschen Imperialismus gehört, ist es die Pflicht der humanistischen Wissenschaftler, ihren Beitrag zur Entlarvung dieser Methoden und Ziele zu einer friedlichen und freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten und damit zur Sicherheit in Europa zu leisten.